

Koalition der Zumutungen schlägt zu – Bürger und Kommunen bluten für die Wahlversprechen von CDU und FDP (Plenarsitzung vom 05.11.2009)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für ...

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Die Koalition der Unbelehrbaren!)

– Nein, jetzt spricht der fraktionslose Kollege Sagel. Bitte schön, Herr Sagel.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Genau, der fraktionslose Kollege Sagel für Die Linke.

(Angela Freimuth [FDP]: Wer ist das?)

– Haben Sie etwas mit den Ohren, Frau Kollegin? Dann sollten Sie zum Arzt gehen.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Ritualisierte Politik hin oder her. Fakt ist jedenfalls, dass Sie Ihre Politik auf Pump finanzieren.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Ich kann Sie nicht verstehen. Sie müssen lauter sprechen oder eine Zwischenfrage stellen. Was Sie hier von sich geben, ist Kokolores.

Sie machen eine Politik auf Pump; das ist die Realität. Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist miserabel. Es ist schon gesagt worden, dass die Kassenkredite dramatisch von 10,2 Milliarden auf über 17 Milliarden € gestiegen sind und dramatisch weiter steigen. Weil Sie immer von sich geben, dass alles, was die Opposition sagt, Unsinn sei, will ich einmal die Presse sprechen lassen.

Zum Beispiel in der „WAZ“ heißt es:

Für die Städte in NRW wird es mit Schwarz-Gelb dramatisch. Zu den Verlierern könnten vor allem finanzschwache Kommunen und das Ruhrgebiet gehören.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schreibt in einer Pressemitteilung vom 27. Oktober 2009:

Wie im Wahlprogramm insbesondere der FDP angekündigt setzt die Koalition auf steuerliche Entlastungen und hofft dadurch den Weg zu mehr Wirtschaftswachstum zu finden. Wenn alle angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden ..., würde dies zu einem Entlastungsvolumen von jährlich 24 Mrd. Euro führen. Dies würde allein bei den Kommunen mit einem Einnahmeverlust von jährlich 3,6 Mrd. Euro zu Buche schlagen. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Finanzlage der Städte und Gemeinden, die im Jahre 2010 voraussichtlich mit einem Defizit von über 11 Mrd. Euro abschließen werden, sind derartige Entlastungen abzulehnen. Die Kommunen befinden sich aufgrund der wegbrechenden Einnahmen und steigenden Ausgaben in der schwierigen Situation, dass alle Aufgaben auf den Prüfstand müssen.

Fakt ist, dass die neue CDU/CSU/FDP-Bundesregierung die soziale Benachteiligung weiter vergrößert und eine brutale Schuldenpolitik, auch zulasten der Kommunen, macht. Dies wendet sich vor allem gegen die Menschen, die in diesen Kommunen leben. Davon habe ich heute überhaupt noch kein Wort gehört, dass es Betroffene dieser Politik gibt. Es gibt soziale Verwerfungen. Normalverdienende, Geringverdienende, Rentnerinnen und Rentner sowie Beziehende von Sozialleistungen werden diese Politik, die Sie vor allem für die Leute machen, die sowieso schon zu den Besserverdienenden in diesem Land gehören, zu bezahlen haben. Die schwarz-gelbe Bundesregierung macht damit dasselbe, was in NRW getan wird: eine Rekordverschuldung mit Milliardensummen, die jedes Jahr im Haushalt stehen.

Vor dem interessanten Hintergrund, dass Herr Minister Linssen gestern von sich gegeben hat, hier gebe es keine Erhöhung der Nettoneuverschuldung, fragt man sich natürlich: Warum nicht? Ist es die von den anderen Oppositionsparteien genannte Mehrwertsteuererhöhung, oder gibt es vielleicht hier in Nordrhein-Westfalen einen Schattenhaushalt, den man auf Bundesebene auch schon vorhatte? Das ist sehr interessant.

Als Linke kann ich nur feststellen: Statt Millionärssteuer Börsenumsatzsteuer, Vermögensteuer oder auch höhere Spitzensteuersätze sollen Vermögende sogar noch profitieren.

Es wird dramatische Zustände für die Kommunen in NRW und im Jahr 2010 eine Rekordneuverschuldung von weit über 7 Milliarden € für das Land geben, verbunden mit einer massiven sozialen Benachteiligung für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen werden weiter in eine dramatische finanzielle Schieflage kommen, und ich gehe davon aus, dass die 885 Millionen €, die Herr Linssen angekündigt hat, weit übertroffen werden. Die Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt. Das heißt, die Besserverdienenden erhalten weiterhin Steuergeschenke. Diejenigen, die im unteren Einkommensniveau liegen, ...

(Minister Dr. Helmut Linssen: Beweisen Sie es doch mal!)

– Ach, Herr Linssen, Beweise. Das ist die Realität. Gehen Sie mal ins Land hinaus! Sitzen Sie nicht nur im Landtag und in Ihrer Regierung! Gehen Sie mal in die Kommunen! Fahren Sie mal in den Emscher-Lippe-Raum! Schauen Sie sich mal an, unter welch katastrophalen Bedingungen die Leute dort leben! Das ist die Realität hier im Land, Herr Linssen. Sie schweben doch im Wolkenkuckucksheim.

Hier wird eine eiskalte und zynische Politik gegen die Menschen in Nordrhein-Westfalen gemacht. Die sozial Benachteiligten müssen diese Politik auslöffeln. Das ist die Situation; das ist die Politik, die hier gemacht und jetzt vonseiten der Bundesregierung fortgesetzt wird. Das werden wir im nächsten Jahr noch dramatischer erleben als in diesem Jahr. – Danke schön.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.